Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

Frage der Konsequenz

Solange sie lebe, werde sie Euro-Bonds nicht zustimmen, soll die Bundeskanzlerin am 27. Juni vor der FDP-Bundestagsfraktion versprochen haben. Nur einen Tag später ließ sie sich von den Ministerpräsidenten Italiens und Spaniens in Brüssel zu weitgehenden Abweichungen von der bislang vertretenen deutschen Regierungslinie nötigen. „Focus-Money" kommentiert: „Länder mit ‚guter Haushaltsführung' (ein dehnbarer Begriff) können bald Unterstützung der Rettungsschirme EFSF und ESM erhalten. Ohne neue Auflagen. Die Staaten müssen nur bereits früher gegebene Zusagen erfüllen. Keine Troika-Experten reisen in die Länder. ‚Das ist kein Programm, wie es Griechenland, Irland oder Portugal haben', triumphiert Italiens Premier Monti. Wenn das Geld der Schirme nicht reicht, wird halt das ESM-Kapital aufgestockt. Wer das hat, braucht keine Euro-Bonds." Und der frühere EU-Kommissar Verheugen (SPD) merkt an, die Kanzlerin sei an diesem Abend von dem italienischen Premier „über den Tisch gezogen und betrogen worden".

Dramatischer Appell

Über 170 deutschsprachige Top-Ökonomen haben am 6. Juli in einem dramatischen Appell die Bevölkerung aufgerufen, die Beschlüsse des letzten EU-Gipfels nicht mitzutragen. Die Wissenschaftler warnen vor allem vor einer europäischen Bankenunion, die auf eine kollektive Haftung für die Bankschulden im Eurosystem hinauslaufe. Die Bankschulden seien fast dreimal so hoch wie die Staatsschulden und lägen bei den fünf Krisenländern im Bereich von 9 Billionen EUR. Wörtlich heißt es: „Es ist schlechterdings unmöglich, die Steuerzahler, Rentner und Sparer der bislang noch soliden Länder für die Absicherung dieser Schulden in die Haftung zu nehmen". Und die Professoren sehen ein düsteres Szenario: „Wenn die soliden Länder der Vergemeinschaftung der Haftung für die Bankschulden grundsätzlich zustimmen, werden sie immer wieder neuen Pressionen ausgesetzt sein, diese Summen zu vergrößern. Damit sind Streit und Zwietracht mit den Nachbarn vorprogrammiert. Noch unsere Kinder und Enkel werden darunter leiden". Außerdem werde weder der Euro noch der europäische Gedanke durch die Erweiterung der Haftung gerettet, sondern vor allem die Wall Street, die City of London und eine Reihe maroder ausländischer Banken. Im Februar 2011 hatten sich übrigens schon einmal 189 Volkswirtschaftsprofessoren öffentlich gegen die damalige Ausweitung des Rettungsschirms und gegen einen dauerhaften Rettungsmechanismus ausgesprochen.

Belastungsgrenze erreicht

Der Chefökonom der Commerzbank hat vor einer Überforderung Deutschlands im Zuge der Euro-Rettung gewarnt. Die Bundesrepublik habe den beiden Hilfsfonds EFSF und ESM zusammen bereits Garantien von rund 400 Mrd. EUR gegeben, was zwei Drittel der jährlichen Steuereinnahmen entspreche. Außerdem sei die Bundesbank im Rahmen des EZB-Zahlungsverkehrssystems Target gezwungen worden, den Zentralbanken der Krisenländer ungesicherte Kredite in Höhe von 730 Mrd. EUR zu gewähren. Der Ökonom hält die gesamte Politik für falsch: „Die sogenannten Rettungspakete können die Währungsunion nicht retten. Sie können bestenfalls Zeit kaufen und schlechtestenfalls Reformdruck von den Peripherieländern nehmen." Letztlich sei die Staatsschuldenkrise nur von den Krisenländern selbst zu bewältigen.

Black Box

Die 350 größten deutschen Familienunternehmen hatten die Bundestagsabgeordneten mit ihrer „Berliner Erklärung" aufgefordert, dem ESM ihre Zustimmung zu verweigern. Mit diesem erneuten Rettungskonstrukt würden – zusätzlich zu den bereits bestehenden Verpflichtungen – weitere Finanzrisiken in Höhe von 700 Mrd. EUR begründet, ohne die deutschen Interessen ausreichend zu berücksichtigen. Die Stiftung meint, dass die Parlamentarier den Überblick längst verloren hätten. In Luxemburg entstehe mit dem ESM eine „riesige Black Box". Dagegen hat der BDI-Präsident den europapolitischen Kurs der Kanzlerin nahezu kritiklos verteidigt. Mit Blick auf die „Berliner Erklärung" sprach er von „populistischen Spekulationen und Mutmaßungen", was die meisten deutschen Unternehmer als wenig hilfreich empfunden haben dürften. Dazu der frühere BDI-Präsident Heinrich Weiss: „Für angestellte Unternehmenschefs, die vielfach nur noch in Fünfjahreszeiträumen denken wie die meisten Politiker, mag die Haltung des BDI zur Euro-Krise opportun sein. Für selbstständige Unternehmer, die in Generationen denken, ist eine Haftung ohne Schadensbegrenzung unverantwortlich."

Außer Kontrolle

Die absehbare „Rettung" von Spanien und Italien wird das jetzige ESM-Volumen weit überfordern. Spanien hat nach offiziellen Angaben bis 2014 einen Refinanzierungbedarf von 285,7 Mrd. EUR, Italien benötigt über 570 Mrd. EUR. Hinzu kommt der Kapitalbedarf spanischer Banken von bis zu 156 Mrd. Zählt man das noch unbekannte, für italienische Banken erforderliche Volumen hinzu, so dürfte sich der Gesamtbedarf nur für die beiden genannten Länder auf über 1,2 Billionen EUR summieren. Es ist daher absehbar, dass der ESM, der bisher „nur" über 700 Mrd. EUR verfügt, schon sehr bald – in weitgehend autarker Entscheidung – zusätzliche Mittel bei den verbleibenden Geberländern, also vor allem bei der Bundesrepublik abrufen wird. Die Eigendynamik dieser Entwicklung ist erschreckend. Das System gerät außer Kontrolle.